

Nachbarliches Veto bremst Kirchners Ambitionen

Argentiniens Ex-Präsident möchte Generalsekretär der Union Südamerikanischer Nationen werden. Sein Plan stösst jedoch auf Widerstand.

Von **Hans Moser, Buenos Aires**

Eigentlich müsste Néstor Kirchner voll ausgelastet sein. Der frühere Staatschef hat nicht bloss als Vorsitzender der peronistischen Partei, der mit Abstand einflussreichsten politischen Kraft in Argentinien, alle Hände voll zu tun. Er ist daneben auch der engste Mitarbeiter seiner Frau und Nachfolgerin Cristina Fernández de Kirchner und damit weiterhin an allen wichtigen Regierungsgeschäften beteiligt.

Doch jetzt zieht es den Vollblutpolitiker weg vom heimischen Herd. Er will Generalsekretär der im Mai dieses Jahres offiziell gegründeten Union Südamerikanischer Nationen, Unasur, werden und so auf regionaler Ebene an Postur gewinnen (vgl. Kasten). Die Mehrheit der zwölf Mitgliedsländer begrüsst seine Kandidatur oder hat zumindest nichts gegen sie einzuwenden. Uruguays Präsident Tabaré Vázquez hat jedoch sein Veto eingelegt, und auch dessen peruanischer Kollege Alan García und Kolumbiens Staatsoberhaupt Álvaro Uribe gaben unmissverständlich zu erkennen, dass Kirchner ihnen als Unasur-Chef nicht genehm ist.

Damit steht es schlecht um die kurzfristigen Karrierepläne des eigenwilligen, oft streitlustigen Argentiniers, der bislang kein besonderes Interesse an den internationalen Beziehungen zeigte und sich nie durch diplomatisches Geschick auszeichnete. Das Unasur-Statut schreibt nämlich vor, dass der Generalsekretär im Konsens



Néstor Kirchner (r.), Argentiniens Ex-Präsident, mit Hugo Chávez: Eine nicht gern gesehene Freundschaft.

erkoren werden muss. Mit dem Widerstand aus Uruguay musste Kirchner rechnen, ist das Verhältnis zwischen den Regierungen in Buenos Aires und in Montevideo doch schon seit Jahren gestört. Der Streit um zwei Papierfabriken hat einen Keil zwischen die Nachbarn getrieben. Argentinische Umweltschützer protestieren seit Jahren mit Strassenblockaden und anderen Kampfaktionen gegen die direkt an der Grenze zu Argentinien gebauten Werke, die in ihren Augen ein Risiko für Mensch und Natur bedeuten.

Internationale Vermittlungsbemühungen blieben erfolglos, ein Ende der Auseinandersetzungen, die inzwischen vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag ausgetragen werden, ist nicht in Sicht. Perus Vorbehalte gegenüber Kirchner sind hauptsächlich auf tiefe wirtschaftspolitische Gegensätze zwischen diesem und García zurückzuführen. Der peruanische Präsident setzt voll und ganz auf die Kräfte des Marktes, während Néstor Kirchner und seine Gattin Cristina nicht erst seit der weltweiten Finanzkrise für mehr staat-

liche Kontrolle in der Wirtschaft eintreten. García ist darüber hinaus Kirchners Freundschaft mit dem Linkspopulisten Hugo Chávez ein Dorn im Auge – genauso wie dem Konservativen Uribe in Kolumbien. Kirchners Nähe zum venezolanischen Staatschef lässt die beiden befürchten, dass die Unasur in ein Instrument der «bolivarischen Revolution» umfunktioniert werden könnte. Dieses Risiko ist allerdings klein: Brasilien, der stärkste Partner im Zwölferten, würde bestimmt nicht tatenlos zusehen, sollte sich eine solche Entwicklung abbahnen.

Brasilien's Regierung, die bei der Unasur-Gründung die treibende Kraft war, und Chiles Präsidentin Michelle Bachelet, die turnusgemäß als Vorsitzende des lockeren Staatenbundes amtiert, sind jetzt auch bei der heiklen Sekretariatsbesetzung gefordert. Die Staatsoberhäupter der Region treffen sich morgen Dienstag im brasilianischen Bundesstaat Bahia und werden dort versuchen, eine für alle akzeptable Lösung zu finden.

Kräfte haben Tradition

Die Differenzen wegen Kirchner sind freilich nicht der einzige Stolperstein auf dem langen Weg der südamerikanischen Integration. Traditionelle Rivalitäten wie die zwischen Brasilien und Argentinien, gravierende Konflikte bis hin zu offenen Grenzstreitigkeiten sowie unterschiedliche Vorstellungen in der Wirtschafts- und in der Aussenpolitik verhinderten bisher substanzielle Fortschritte in der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit, allen ehren Absichtserklärungen zum Trotz.

China als Leader in Klimapolitik

Die 14. Uno-Klimakonferenz in Poznan ging am Samstag mit einem Ecclat zu Ende. Die Schwellenländer haben die Abschlusserklärung offiziell nicht anerkannt.

Von **Martin Läubli, Poznan**

Das Papier bietet keine Basis für weitere Verhandlungen, erklärten die Vertreter der Schwellen- und Entwicklungsländer. An der nächsten Konferenz in Kopenhagen in einem Jahr soll der Nachfolgevertrag für das Kyoto-Protokoll für die Zeit nach 2012 beschlossen werden.

Trotz diesen Misstönen ist formell alles erreicht worden, um in den Vorbereitungskonferenzen den Weg für erfolgreiche Verhandlungen in Dänemark zu ebnen. «Das Stimmungsbild ist allerdings sehr negativ», sagt Christoph Bals von der deutschen Klima- und Entwicklungsorganisation Germanwatch. Bals gehört zu den besten Kennern der internationalen Klimapolitik. Die grossen Konjunkturprogramme in den USA, in der EU und in China müssten nun auf eine Energiewende hinzielen. «Die Förderung von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz bringt Tausende neue Arbeitsplätze und ist gut geeignet, in einer konjunkturellen Krise die Wirtschaft anzukommen», sagt Bals. So könne man beweisen, dass auch in der Finanzkrise ernsthafter Klimaschutz möglich sei. «Wenn einmal etwas in Bewegung ist, wird es ein Wettrennen um die alternativen Energien geben.»

Schwellenländer wie Brasilien, Südafrika und China haben in Poznan ehrgeizige Klimaprogramme vorgestellt (TA vom Samstag). Diese Entwicklung war vor wenigen Jahren noch nicht vorstellbar. Wie viele andere Beobachter sieht Christoph Bals für China eine Führungsrolle in der künftigen weltweiten Klimapolitik. In China wurden im Verlauf der letzten zwei Jahre Hunderte Kraftwerke und Unternehmen geschlossen, weil sie die ökologischen Voraussetzungen nicht mehr erfüllten. «Das hat es bisher in keinem anderen Land in dieser Form gegeben.» Ein Drittel der Autos, die in Europa im Verkauf sind, dürfte in China aus Umweltgründen nicht mehr verkauft werden. China bezahle regionale Politiker nach deren Erfolgen im Bereich der Energieeffizienz.

In vielen ärmeren Regionen, so Bals, lasse die Regierung flächendeckend Solaranlagen installieren. Innerhalb von nur drei Jahren ist China Weltmarktführer in dieser Branche geworden. Das ist allerdings erst ein Anfang. China ist weltweit der grösste Produzent von Treibhausgasen, gefolgt von den USA, und hat mit riesigen ökologischen Problemen und jetzt der Finanzkrise zu kämpfen.

STICHWORT

Unasur

Die Union Südamerikanischer Nationen (Unasur) besteht seit dem Dezember 2004; den formellen Gründungsvertrag unterzeichneten die Staatsoberhäupter der zwölf beteiligten Länder aber erst im Mai dieses Jahres. Die Ratifikation steht noch aus. Dem lockeren Staatenbund haben sich die Mitgliedsstaaten der beiden regionalen Blöcke Mercosur (Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay, Venezuela) und Andengemeinschaft (Bolivien, Kolumbien, Ecuador, Peru) sowie Chile, Guyana und Surinam angeschlossen. Mit insgesamt 384 Millionen Einwohnern soll die Unasur nach der EU und der Nordamerikanischen Freihandelszone das drittgrösste Regionalbündnis der Welt werden.

Laut der Gründungsurkunde streben die Mitgliedsländer innerhalb der

nächsten zwei Jahrzehnte einen schrittweisen Zusammenschluss nach dem Vorbild der EU an. Neben der wirtschaftlichen Integration ist eine gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik vorgesehen. Die Vorstellungen, wie diese konkret ausgestaltet werden müsste, gehen aber weit auseinander. Brasilien plädierte auch für einen gemeinsamen Verteidigungsrat; dieser Vorschlag scheiterte jedoch zunächst am Einspruch der kolumbianischen Regierung, die eng mit Washington liiert ist.

Ständiger Sitz der Organisation ist die ecuadorianische Hauptstadt Quito, das geplante südamerikanische Parlament wird in der bolivianischen Stadt Cochabamba tagen. Daneben sollen sich gemäss der Grundcharta die Staatsoberhäupter einmal im Jahr treffen, die Aussenminister alle sechs Monate und der Rat der Delegierten aus den einzelnen Ländern zweimonatlich. Geplant sind ferner eine Einheitswährung und gemeinsame Reisepässe. (hm)



ANZEIGE

Galli

GALLI HAT ZEIT – SEIT 125 JAHREN

Am Bellevue, Zürich

BREITLING

1884

INSTRUMENTS FOR PROFESSIONALS™

SUPEROCEAN HÉRITAGE
CHRONOGRAPHE

WWW.BREITLING.COM